Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens), an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 2 Mk. bez. 2 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 2 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Posner & Co., Prager Strasse 32 parterre und I. Etage.
Herrenschneidergeschäft I. Ranges. Neueste Herbst-Moden.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Julius Beutler, Dresden, Wallstrasse 15
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde
Haus-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräte.

Heinr. Meyers
Lebertran-Emulsion
grosse Flasche 2 Mark. Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Kunst-Salon von Emil Richter
Prager Strasse Prager Strasse
Hochzeits- Geschenke
Geschmackvoll. * Künstlerisch. * Preiswert.

Regenschirme in grösster Auswahl empfiehlt **C. A. Petschke, Wilsdruffer Strasse 17,** Prager Strasse 46 Amalienstrasse 7.

Nr. 295. Spiegel: Die Gärung im Ruhrrevier. Erzherzog Otto, Stadtverordneter Schumann †. Exportverein, Lehrerkonferenz, Gerichtsverhandl. Lage in Oesterreich. Südwestafrika. Mordprozeß Heusler. | Mutmaßl. Witterung: Rauh, trübe. | **Freitag, 26. Oktober 1906.**

Die Gärung im Ruhrrevier

geht nun schon seit Wochen ihren Gang und das allgemeine politische Interesse konzentriert sich auf die Frage: wird es zum Streik kommen oder nicht? Vorläufig sind die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch in der Schwebe und die Hoffnung nicht ausgeschlossen, daß es doch am Ende zu gütlichem Ausgleich kommt und dadurch ein schwerwiegender Wirtschaftskampf vermieden wird, der beiden Teilen unheilvolle Wunden schlagen und im Gefolge davon hochgradige Erbitterung zeitigen würde. Abgesehen von diesem Moment, das in unserer von sozialpolitischen Wirrnissen und Reibungen aller Art durchwühlten Gegenwart eine ausschlaggebende Rolle spielt, hätte auch das gesamte Wirtschaftsleben der Nation unermeßlichen Schaden von einem etwaigen Kampfe im Kohlenbergbaugewerbe, denn zu der auf allen Bevölkerungskreisen drückend lastenden Lebensmittelverteuerung würde dann noch eine Steigerung der Kohlenpreise treten, die doppelt unerwünscht ist, wo wir den Winter vor der Tür haben. Die Kämpfe in den Kohlenrevieren Westdeutschlands, die sich in der Vergangenheit abgespielt haben, zeigen mit aller Deutlichkeit, wie zäh und fanatisch gerade dort derartige Zwistigkeiten ausgefochten werden, und wie unheilvoll die Folgen fortwirkten. Außerdem ist es bei der Durchsetzung der Bergarbeiterschaft mit fremdländischen und allerlei anderen fragwürdigen Elementen stets zu befürchten, daß die Streiks in Gewalttätigkeiten und blutige Unruhen ausarten. Diese Gefahr liegt um so näher, als die Sozialdemokratie alle Minen ihrer Hetzarbeit springen läßt, um die Leidenschaften anzustacheln. Wenn es dann zur Explosion kommt, wäscht sie ihre Hände in Unschuld und freut sich des Gewinns an Anhängern, den jeder tiefgreifende Wirtschaftskampf ihr erfahrungsgemäß bringt. Die Dinge liegen aber diesmal nicht so, daß ein Ausgleich der Gegensätze zwischen den Zechenverwaltungen und den Bergleuten ausgeschlossen scheint, im Gegenteil ist die Hoffnung berechtigt, daß bei entsprechender Mäßigung auf seiten der Arbeiter und aufrichtigem Wohlwollen seitens der Arbeitgeber die Gefahren eines Streiks noch rechtzeitig gebannt werden.

Wie bekannt, drehen sich die Forderungen sämtlicher Arbeiterkategorien in der Hauptsache um das dringende Verlangen nach einer 15prozentigen Lohnerhöhung; daneben zielt man seitens der Bergleute auf Beseitigung der sogenannten Sperre, sowie des Ueber- und Nebenschichtwesens ab. Was die Lohnfrage anlangt, so ist man wohl allgemein darüber einig, daß der Arbeiter ein Anrecht darauf hat, an der aufsteigenden wirtschaftlichen Konjunktur auch seinerseits durch dementsprechend ansteigende Löhne zu partizipieren. Eine andere Frage dagegen ist, ob die Höhe der verlangten 15prozentigen Lohnsteigerung gerechtfertigt ist und ob eine derartige gleichartige Lohnerhöhung für alle Reviere und für sämtliche Arbeiterkategorien aller Zechen möglich und durchführbar ist. Es ist niemals und nirgends angebracht, mit der Schablone zu arbeiten, am wenigsten aber bei Lohnkämpfen, die sich über solch ein Riesengebiet mit so verschiedener Eigenart der Lebens- und Arbeitsbedingungen erstrecken. Mit Recht ist deshalb von seiten der Arbeitgeber darauf hingewiesen worden, daß die Grundsätze der Lohnpolitik, die tatsächlichen die Lohnbildung beeinflussenden Verhältnisse und dementsprechend die derzeitige Höhe der Löhne z. B. im Ruhrrevier und dem fiskalischen Saarrevier, für das die Siebenerkommission die gleiche Forderung aufgestellt hat, so verschieden sind, daß eine gleichartige Behandlung der Frage einer Lohnsteigerung absolut ausgeschlossen ist. Das Antwortschreiben des Bergbaulichen Vereins auf die Forderungen der Siebenerkommission lautet ganz folgerichtig dahin, daß es den einzelnen Zechen mit ihren so grundverschiedenen Verhältnissen überlassen bleiben müsse, sich mit ihren gesetzlich gewählten Arbeiterausschüssen über die erhobenen Lohnforderungen zu einigen. Die Siebenerkommission hätte sich eigentlich von vornherein sagen müssen, daß der Bergbauliche Verein — ganz abgesehen davon, daß er statutengemäß für bindende Erklärungen über Lohnfestsetzungen nicht zuständig ist — auch aus anderen Erwägungen heraus sich zu dieser Frage nicht gut äußern konnte, denn es ist klar, daß auch eine bloße Empfehlung des Bergbauvereins, eine Lohnerhöhung von 15 Prozent vorzunehmen, nicht viel weniger bedeutet hätte als ein Beschluß, der von den Zechen doch abgelehnt worden wäre, da sie strikte daran festhalten, jede für sich, je nach besonderer Sachlage die Lohnfrage zu behandeln. In der Antwort des Bergbaulichen Vereins befindet sich aber auch der Passus, daß die fünf Arbeiterverbände, die in der Siebenerkommission vertreten sind, nicht als berufene Repräsentanten der Belegschaften anerkannt werden könnten und von den einzelnen Zechen nur mit deren Arbeiterausschüssen verhandelt werden würde. Damit stellen sich die Arbeitgeber auf den Standpunkt des Gesetzes, das nach Maßgabe der preußischen Berggesetznovelle von 1905 nur in den Arbeiterausschüssen der einzelnen Zechen eine gesetzliche Vertretung der Bergarbeiter anerkennt. Die Zechenverwaltungen haben um so weniger Anlaß, hiervon abzuweichen, als im Ruhrrevier höchstens die Hälfte aller Arbeiter organisiert ist, in anderen Revieren, besonders dem Saarrevier, noch weniger. Man kann es also dem Bergbaulichen Verein nicht verargen, wenn er in seiner Antwort schon aus diesem Grunde in der Siebenerkommission nicht die berufene Vertretung der gesamten Bergarbeiterschaft sieht. Den organisierten Arbeitern wird diese bittere Pille zwar schwer eingehen, aber so viel steht schon heute fest, daß sie diesmal die Ablehnung der Verhandlungen mit ihren Organisationen nicht zum Kriegsfall machen werden.

Damit ist schon etwas gewonnen und alles wird jetzt darauf ankommen, wie die direkten Verhandlungen zwischen den einzelnen Zechenverwaltungen und den gesetzlichen Arbeiterausschüssen verlaufen werden. Bei den Zechenverwaltungen besteht, wie seitens des Bergbaulichen Vereins in der „Köln. Ztg." verlautet, der aufrichtige Wille, in Verhandlungen mit den Arbeiterausschüssen einzutreten; wo die Arbeiterausschüsse Anträge eingereicht haben, werden die Werkbesitzer und ihre leitenden Beamten eingehend mit den Arbeitern verhandeln, ihnen das ganze Material über die Löhne vorlegen und alles tun, damit die Arbeiterausschüsse ein vollständiges Bild der Lage gewinnen können, um in der Lage zu sein, die Berechtigung ihrer Anträge möglichst zu beurteilen. Hoffentlich zeigt man auf beiden Seiten Entgegenkommen! Die Arbeiter behaupten, daß die heutigen Löhne trotz ihrer relativen Höhe in keinem richtigen Verhältnis ständen zu der inzwischen eingetretenen Verteuerung aller Existenzmittel. Daran ist nicht gut zu zweifeln, und selbst die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg." hat das in einer „nichtoffiziösen" Auslassung zugegeben, obwohl sie bald darauf — einem kräftigen „offiziellen" Wink von oben folgend — einen mühsam kaschierten Rückzug in dieser Frage angetreten hat. Die Frage ist nur die, ob eine solch eingreifende Lohnerhöhung wie die geforderte von 15 Prozent überall gerechtfertigt und möglich ist. Denn hierbei haben die finanziellen Verhältnisse der einzelnen Zechen doch auch ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Man sollte gerechterweise beide Teile erst in Ruhe anhören, ehe man urteilt, und weiter nicht ganz vergessen, daß die unvermeidliche Kehrseite des unbedingt zugestandenen Anspruchs der Arbeiter auf eine dem jedesmaligen Unternehmergewinn entsprechende Lohnsteigerung darauf hinauskommen würde, daß auch jedes Sinken des Unternehmergewinnes — und bekanntlich vollzieht sich das oft sehr plötzlich, sprunghaft und in großen Dimensionen — sofort ein vollauf analoges Fallen des Arbeitslohnes nach sich ziehen müßte. Denn was dem einen recht ist, ist dem anderen billig; wo es aber irgend angeht, suchen bekanntlich die Arbeitgeber derartige unvermeidliche Wellenlinien der wechselnden Konjunktur von der Bemessung des Arbeiterlohnes nach Möglichkeit fernzuhalten. Das müssen auch die Arbeiter bedenken, wenn sie vernünftigen Erwägungen zugänglich sind. Anderseits werden sich die Arbeitgeber den Standpunkt aneignen müssen, den neulich die „Nordd. Allg. Ztg." in ihrem ersten vielberufenen Artikel zur Bergarbeiterfrage vertreten hat, daß es nämlich „im politischen und kulturellen Interesse erwünscht ist, wenn auch die Arbeiterschaft an den Segnungen der wirtschaftlichen Entwicklung jederzeit den ihr gebührenden Anteil erhält" — wohlverstanden, wenn nicht andere schwerer wiegende Bedenken dem entgegenstehen! . . . Aus den Erörterungen hin und her kann man wohl schließen, daß beide Teile sich entgegenkommen und ein befriedigendes Kompromiß schließen werden. Wenn das geschieht, wird trotz aller gegenwärtigen Wirrungen ein unheilvoller Streik vermieden werden zum Besten aller direkt Beteiligten, zum Segen auch für das gesamte wirtschaftliche Leben Deutschlands, dem eine Unterbrechung seiner Kohlenförderung schwere Wunden schlagen würde.

Neueste Drahtmeldungen vom 25. Oktober.

Die Begegnung in München.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber die Begegnung der Gräfin Montignoso mit den sächsischen Prinzen wird aus München hierher berichtet: Das Wiedersehen fand in Gegenwart des sächsischen Gesandten Frhrn. v. Friesen statt. Es war tiefergreifend und trug im ganzen ein herzliches Gepräge. Bald war durch Fragen und Antworten zwischen der Mutter und den Söhnen eine frohe Stimmung hergestellt und man vereinigte sich mit der Familie des Gesandten zum Frühstück. Die Gräfin blieb die ganze ihr bewilligte Zeit über mit den Söhnen zusammen, denen noch vor der Abfahrt eine kleine Wegzehrung serviert wurde. Nach kurzem, aber schmerzlichem Abschied verließ die Gräfin gegen 11 Uhr wieder mit ihrer Mutter und Tochter die Gesandtschaft. Bis dahin hatte sich auch einiges Publikum, etwa 50 Personen, angesammelt. Als die Gräfin, mit einem Strauß roter Nelken in der Hand und begleitet vom Gesandten, in der Haustüre erschien, wurde ihr eine kleine Ovation zu teil. Es wurde „Hoch!" gerufen. Unmittelbar nach der Abfahrt der Gräfin kamen die Prinzen mit verweinten Augen und fuhren, gleichfalls vom Publikum mit Hochrufen begrüßt, in Begleitung ihres Gouverneurs und des Gesandten, nach dem Hauptbahnhofe. Sie machten einen Umweg, um am Hotel Continental, wo die Gräfin wohnt, vorbeizukommen, sahen auch nach den Fenstern hinauf, ohne indes die Gräfin zu erblicken, die von ihrem Vorbeikommen wohl keine Kenntnis hatte. Mit dem Brünner Schnellzuge 11,30 Uhr fuhren die Prinzen nach Innsbruck weiter, wo sie mit dem König, ihrem Vater, heute nachmittag wieder zusammentreffen.

Lohnbewegungen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Darlegungen in der „Nordd. Allg. Ztg." über die Bewegung im Ruhrkohlenrevier spiegeln, wie die „Post" den in manchen Organen der Presse erhobenen Zweifeln gegenüber auf Grund zuverlässiger Informationen bekunden kann, die Ansicht der Staatsregierung getreu wider. Sie sind deshalb, wie das Blatt bemerkt, sehr geeignet, aufklärend zu wirken und Mißverständnisse zu beseitigen.

Paris. In St. Cloude haben heute 3000 in etwa 50 Pfeifenfabriken beschäftigte Arbeiter die Arbeit niedergelegt, da die Arbeitgeber am 2. November die Arbeiter auszusperren beabsichtigten.

Zur Lage in Rußland.

Lodz. In den hiesigen Fabriken fanden heute blutige Zusammenstöße zwischen den Arbeitern verschiedener Parteien statt. Bei einem heute stattgehabten Kampfe zwischen den Arbeitern zweier Fabriken gab es mehrere Verwundete.

Lemberg. In der Nähe der russischen Station Zwerinka wurden zwei Damen, welche allein im Damencoupé reisten, von zwei Männern, die auf einer kleinen Station eingestiegen waren, unter Todesdrohungen ihres Schmucks im Werte von 10 000 Rubeln und ihres Bargeldes im Betrage von 1000 Rubeln beraubt. Die Räuber sprangen sodann aus dem Zuge.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der „Reichsanz." gibt amtlich bekannt, daß der Kaiser den mecklenburgischen Gesandten v. Oertzen in Abschiedsaudienz empfangen hat.

Berlin. In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurde die Vorlage betreffend das zweite Zusatzübereinkommen zu dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 10. Oktober 1890 den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Ausschußantrage betreffend Abkommen über Einführung einer Zigarettensteuer-Gemeinschaft zwischen dem Deutschen Reiche und dem Großherzogtum Luxemburg wurde zugestimmt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Landesökonomierat Ernst Ring-Düppel ist heute früh im Alter von 56 Jahren an Herzschlag gestorben. Er gehörte früher dem Abgeordnetenhause an und hat sich namentlich durch seine Tätigkeit in der Viehverwertungsstelle und in der Milchzentrale bekanntgemacht.

Erfurt. (Priv.-Tel.) Der Mörder Erich Salben, der seine Braut erschossen hat, ist, entsprechend dem psychiatrischen Gutachten, als gemeingefährlich-irrsinnig für dauernd in eine Irrenanstalt übergeführt worden.

Neiße. (Priv.-Tel.) Der hier abgehaltene 1. schlesische Parteitag des Zentrums nahm folgende Erklärung an: Der Parteitag betont nachdrücklich, daß das Recht, Unterricht in Religion, Katechismus, biblischer Geschichte und Kirchengeschichte zu erteilen, ausschließlich der Kirche zusteht, und daß ferner der Religionsunterricht in Volksschulen den Kindern nach dem Willen der Eltern in der Muttersprache zu erteilen ist. Der Parteitag erhebt deshalb Einspruch gegen jede Verletzung dieses Rechtes durch die staatlichen Organe.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Vergangene Nacht wurde auf der Station Aschaffenburg einer der D-Zugs-Diebe verhaftet. Es ist ein früherer Rangierer, namens Bausch aus Frankfurt, der sich als Fahrkartenkontrolleur verkleidete und Gepäckstücke und Wertgegenstände, hauptsächlich auf der Strecke Frankfurt—München, raubte. — Das Landauer Schöffengericht verurteilte den Straßburger Kaufmann Horstmann, der unbefugt Uniform trug und zahlreiche Hochstapeleien als angeblicher „Fähnrich v. Wächter" verübte, zu 6 Monaten Gefängnis.

Köln. (Priv.-Tel.) Auf die Entdeckung des Mörders des Landwirts Reick in Wattenscheidt ist eine Belohnung von 14 000 Mark ausgeschrieben worden. Bedingung ist, daß der Mord bis zum Jahrestage der Tat, dem 3. Dezember, aufgeklärt wird. — Die katholisch-theologische Fakultät in Straßburg hat dem Privatdozenten Vikar Dr. Schmidlin wegen Differenzen mit dem Universitätsprofessor Dr. Ehrhardt die Lehrerlaubnis entzogen.

Hamburg. (Priv.-Tel.) Nachdem der Krankenhaus-Prozeß ergeben hat, daß vom Eppendorfer Krankenhause zwei Särge ohne Leichen begraben worden sind, und daß von einem Anatomiediener Privathandel mit abgeschnittenen Leichenköpfen nach Straßburg getrieben wurde, wird eine verschärfte Aufsicht eingeführt und vorgeschrieben, daß Leichenteile nur mit Erlaubnis des Krankenhausdirektors versendet werden dürfen.

Hamburg. (Priv.-Tel.) In der Hamburger Erdbebenstation ist gestern nachmittag wieder ein Erdbeben von ungewöhnlicher Stärke verzeichnet worden. Der Ort des Erdbebens ist noch nicht bekannt.

Kornatowo. Gestern abend 5 Uhr 40 Min. wurde auf dem Chaussee-Uebergange bei Kilometer 10,65 in der Nähe des Bahnhofes Stolno ein mit Kartoffeln beladenes einspänniges Fuhrwerk vom Zuge, der von Kornowo nach Kulm ging, überfahren. Der Kutscher und Eigentümer des Wagens, der 70jährige Altsitzer Jakob Knop aus Kulm, der neben dem Wagen ging, wurde getötet, der Wagen zertrümmert. Die Pferde blieben unverletzt. Anscheinend hat Knop auf das Herannahen des aus größerer Entfernung sichtbaren Zuges nicht geachtet und das Läuten der Lokomotive überhört.

Wien. Der Wahlreformausschuß des Abgeordnetenhauses setzte die Beratung über § 42 der Reichsrats-Wahlordnung fort. Gessmann unterbreitete einen Antrag, wonach eine Aenderung der Wahlkreis-Einteilung bei Anwesenheit von mindestens 343 Abgeordneten beschlossen werden kann. Für die Abänderung der Wahlbezirke der galizischen

Frische und sterilisierte **Kinder-Milch** (Trocken-Fütterung)
Milchkur-Anstalt „Saxonia" H. Winkler, Kgl. Sächs. Hofl., nur Zwickauer Str. 24.